



Claudia K. Huber

Schlechte Nachrichten aus Brüssel?

Die Medien und die EU

EUROPA

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Griechenland und Italien kurz vor der Pleite, der Euro vor dem Abgrund, keine gemeinsame Linie im Umgang mit dem verstärkten Migrationsdruck auf die EU, der Brexit, die Wahl immer mehr autokratischer Regierungen, das Erstarken populistischer Bewegungen – wer dieser Tage Nachrichten liest, sieht oder hört, bekommt schnell den Eindruck, die Zentrifugalkräfte in der EU würden immer stärker, die EU sich von innen heraus zerlegen. Nicht selten werden die Krisen zum Anlass genommen, auch gleich das Scheitern der gesamten EU zu verkünden.

Natürlich müssen Medien diese Entwicklungen abbilden. Mehr noch: Als „Vierte Gewalt“ im Staat haben sie die Aufgabe, Missstände und negative Entwicklungen publik zu machen. Auch im Mehrebenensystem EU müssen sie diese demokratische Kontrollfunktion selbstverständlich übernehmen. Es ist allerdings ein schmaler Grat zwischen Kritik und Kontrolle des europäischen Regierungshandelns und dem aktiven Herbeischreiben der Krise – zwischen deskriptiver und delegitimierender Berichterstattung über die Europäische Union und ihre Akteure. Es stellt sich also im Kern die Frage: Ist die Krise wirklich so allgegenwärtig in der Europäischen Union? Oder überzeichnen die Medien mit ihrer Berichterstattung womöglich die realen Krisen und verschärfen sie dadurch erst? Was ist hier eigentlich Henne, was ist Ei?

Der vorliegende Beitrag soll einige Impulse zur Diskussion von EU-Berichterstattung geben. Aufgrund der gebotenen Kürze kann nur auf ausgewählte Aspekte eingegangen werden. Dabei beschränkt sich die Analyse auf klassische Medien. Auch wenn digitale Kommunikationsräume eine immer wichtigere Rolle für entgrenzte, transnationale Öffentlichkeiten spielen, wird davon ausgegangen, dass klassische Medien nach wie vor eine wichtige Orientierungsfunktion haben (vgl. dazu auch Hillje 2019: 69f.).

DIE MEDIEN UND DIE EU – EINE SPEZIELLE BEZIEHUNG

Zahlreiche medieninhaltsanalytische Untersuchungen haben sich mit der Quantität und Qualität von EU-Berichterstattung befasst. Es gehört inzwischen zum Common Sense, dass Medien und Politik in der EU anderen Spielregeln folgen als im nationalen Kontext, dass sich viele Grundannahmen über politische Kommunikation nicht ohne weiteres übertragen lassen. Das liegt nicht nur an der einzigartigen institutionellen Struktur der EU, sondern auch daran, dass es keine natürlich gewachsene Öffentlichkeit gibt: Es gibt keine gemeinsame Sprache, keine gemeinsamen Medien, sondern stattdessen 28 – vielleicht bald 27 – unterschiedliche Mediensysteme mit verschiedenen Kommunikationskulturen und Publikumserwartungen.

Lange Zeit hatten diese getrennten Medienmärkte allerdings eine Gemeinsamkeit: EU-Themen galten als Quotenkiller und waren folglich in den Medien stark unterrepräsentiert. Inzwischen ist in allen Mitgliedsstaaten ein Anstieg der EU-Berichterstattung zu verzeichnen (vgl. Marquart et al. 2018: 2). Dabei gibt es große Unterschiede in der Qualität. In einigen Medien findet man erklärende Hintergrundstücke und eine kritische Auseinandersetzung mit einzelnen Gesetzesvorhaben. Oft ist die Berichterstattung jedoch stark ereignisorientiert und auf nationale Konfliktlinien zugespitzt. Otto und Köhler (2016) haben die deutsche Wirtschaftsberichterstattung zur griechischen Staatsschuldenkrise in den überregionalen Tageszeitungen sowie bei Spiegel Online untersucht. Sie kommen zu dem Erkenntnis, dass die Schuldenkrise über weite Teile nicht als europäisches Problem behandelt wurde. Die Medienberichte suggerierten vielmehr, es ginge um einen Konflikt zwischen Deutschland und Griechenland (vgl. ebd.: 78). „Zwar bildeten europäische Ereignisse, wie Krisen-Gipfel oder Finanzministertreffen, Anlässe zur Berichterstattung und stei-

gerden die Berichterstattungsintensität, sie waren jedoch selten Gegenstand der Berichterstattung“. So das Fazit der Autoren (ebd.). Die Bild-Zeitung und Die Welt reduzierten Komplexität teilweise sogar so stark, dass die Verhandlungen auf Duelle zwischen den Finanzministern Wolfgang Schäuble und Yannis Varoufakis, bzw. den Regierungschefs Angela Merkel und Alexis Tsipras zugespitzt wurden (vgl. ebd.: 40f.).

Eine solche Art der Berichterstattung ist problematisch, weil in der Zuspitzung auf einen Konflikt zwischen zwei Nationen eine Erzählung von solidarischem Krisenmanagement in der EU keinen Platz findet.¹ Außerdem wird dadurch den Institutionen der EU Problemlösungskompetenz abgesprochen.² Diese konfrontativen Narrative werden durch die Ausrichtung der Berichterstattung auf Schlüsselereignisse wie Gipfel von Staats- und Regierungschefs oder Zusammentreffen der jeweiligen Fachminister begünstigt. Sichtbar wird der Konflikt, das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Interessen. Unsichtbar bleibt dagegen ein Großteil der Arbeit der europäischen Institutionen. Auch empirische Studien zeigen, dass die EU in Routinephasen – wenn also Europaparlament, EU-Kommission und Rat an für die Mitgliedsstaaten wichtigen Rechtsvorschriften arbeiten – weniger in den Medien vorkommt.

INNENPOLITIK ALS AUSSENPOLITIK

An dieser Stelle wird ein Widerspruch deutlich, der seine Ursachen gleichermaßen im institutionellen Aufbau der EU wie auch in den traditionellen Strukturen der Medienhäuser hat: Europäische Politik ist in gewisser Weise auch Innenpolitik, wird aber von den Medien (und oft auch in der Darstellung nationaler Politiker_innen) häufig als Außenpolitik behandelt.

Ein Blick auf die journalistischen Handlungsroutinen kann zur Erklärung der Unterschiede in der Berichterstattung über Gipfel und Routinephasen beitragen. In Routinephasen der EU-Politik liegt die Berichterstattung vor allem in den Händen der EU-Korrespondent_innen in Brüssel. Diese haben meist eine hohe Kompetenz für EU-Themen und verfügen über sehr gute transnationale Netzwerke, die sie für die Recherche und zur Interpretation von Inhalten nutzen. Gerade weil die Korrespondent_innen für unterschiedliche Märkte und Öffentlichkeiten berichten – also nicht miteinander konkurrieren – kooperieren sie ausgeprägt, teilen Quellen, Informationen und Einschätzungen. Das Brüsseler Pressecorps hat unter diesen Bedingungen eigene Rollenbilder ausgebildet und gemeinsame Handlungsorientierungen entwickelt. Es kann quasi als Avantgarde einer genuin europäischen Kommunikationskultur betrachtet werden (vgl. Huber 2012: 286 ff.).

Allerdings sind die Brüsseler Redaktionen chronisch unterbesetzt. Unter den deutschen Medien am besten ausgestattet ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit über 30 Korrespondent_innen in Brüssel. Für den privaten Rundfunk allerdings steht genau ein Journalist (RTL) auf der Journalistenliste der deutschen Botschaft³. Selbst die Qualitätszeitung Die Zeit hat in Brüssel nur einen Korrespondenten, während sie in der Hauptstadtredaktion gleich 13 Journalist_innen beschäftigt (vgl. Hillje 2019: 88). Unter knappen Ressourcen können Journalist_innen weniger Zeit auf unabhängige Recherche verwenden und sind eher darauf angewiesen, die Agenda der politischen Institutionen abzubilden (vgl. Huber 2012: 188 f.).

Zudem stehen sie vor den gleichen Herausforderungen wie fast alle Auslandskorrespondent_innen: Sie haben die Aufgabe, sehr komplexe Themen zu erklären und können bei ihrem Heimatpublikum nicht viel Vorwissen über die institutionellen Strukturen und Spielregeln der EU voraussetzen. Häufig haben die Informationen geringen Nachrichtenwert: Sie lassen sich aufgrund der geringen Bekanntheit der Brüsseler Beamten und Abgeordneten nicht gut personalisieren, selten auf parteipolitische Konflikte und nicht auf Kontroversen zwischen Regierung und Opposition zuspitzen. Interessante Bilder und O-Töne sind eine Rarität.

Folglich haben Korrespondent_innen häufig Schwierigkeiten, ihre in Brüssel produzierten Stücke in den Heimatmedien zu platzieren. Denn letztendlich sind die Journalist_innen der Heimatredaktionen die Gatekeeper, die entscheiden was ins Blatt oder ins Programm kommt. Diese legen jedoch häufig andere Relevanzkriterien an (vgl. Offerhaus 2011: 233 f.). So finden Berichte aus dem alltäglichen politischen Betrieb der EU-Institutionen vergleichsweise selten ihren Weg in die nationalen Medien.

DIE NATIONALISIERUNG EUROPÄISCHER EREIGNISSE

Ganz anders sieht es aus, wenn sich die Staats- und Regierungschefs oder die Fachminister treffen. Gipfel des Europäischen Rats bringen als Momente fokussierter Aufmerksamkeit auf EU-Politik auch eine Veränderung der Arbeitsbedingungen für EU-Korrespondent_innen mit sich. Hier wird intensiv berichtet. Journalist_innen aus den Hauptstädten reisen gemeinsam mit den Staats- und Regierungschefs bzw. Minister_innen aus den jeweiligen Mitgliedsstaaten an. Für diese steht häufig die Bewertung der jeweiligen „Performance“ der nationalen Politiker_innen im Vordergrund der Berichterstattung (vgl. Huber 2012: 226 ff.).

Die eigentlichen Sitzungen des Europäischen Rats finden unter Ausschluss der Medien statt. Die Journalist_innen arbeiten gemeinsam auf engem Raum im Atrium des Ratsgebäudes und es gibt eine hohe Konkurrenz um aktuelle Informationen. Die Ereignisse haben jetzt einen hohen Nachrichtenwert. Das Geschehen wird entlang nationaler Konfliktlinien zugespitzt. Die Protagonisten sind prominent, Nachrichten lassen sich personalisieren. Es kommt mitunter zu spannenden Verhandlungsverläufen.

In dieser Situation wird seitens der Politiker_innen und ihrer Sprecher_innen aktives News Management betrieben. In den Presse-Briefings nach den Sitzungen versucht jede nationale Delegation den Darstellungen der Verhandlungen einen eigenen Spin mitzugeben. Dabei geht es häufig darum darzustellen, was man für das eigene Land herausgeholt hat, das gesamteuropäische Interesse rückt in den Hintergrund. Die segmentierte Öffentlichkeit in der EU, ihre Aufspaltung in durch Sprachgrenzen getrennte Medienräume und die Tatsache, dass hier nationale Politiker_innen zu ihrer Heimatöffentlichkeit und damit ihrer potentiellen Wählerschaft sprechen, führt oft zur Zersplitterung der Realität in 28 unterschiedliche Versionen. An Stelle der Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten beobachten wir hier de facto die Nationalisierung europäischer Ereignisse.

In diesen Momenten, in denen die EU besonders sichtbar wird, weil dann besonders viel berichtet wird, entsteht ein Bild europäischer Politik, das strukturell eine integrative, solidarische, länderübergreifende Sichtweise konterkariert. Johannes Hillje formuliert es wie folgt: „Gerade bei EU-Gipfeln geht es nicht um links gegen rechts oder progressiv gegen konservativ, sondern um Deutschland gegen Griechenland, Spanien gegen Italien oder Polen gegen Frankreich. Die Konfliktlinien definieren sich nicht anhand ideologischer, sondern nationaler Lager“ (2019: 82). Es kann zumindest angenommen werden, dass diese mediale Konstruktion der EU als intergouvernementale Arena den Aufstieg der nationalistischen Tendenzen, den wir seit einigen Jahren beobachten, befördert.

Ein weiterer Mechanismus, der zur Distanzierung von Europapolitik beiträgt, ist das „Blame Game“ – wissenschaftlich gefasst „die Attribution von Verantwortung“ (vgl. Gerhards et al. 2009). Hiermit sind Schuldzuschreibungen an die EU gemeint, die auch jenseits von Gipfeln häufig vorgenommen werden. Die Soziologen Gerhards und Offerhaus stellen fest: „Die nationalen Regierungen treiben hier offensichtlich ein Doppelspiel: Für sie günstige Entscheidungen rechnen sie sich selbst zu, unpopuläre Entscheidungen, die sie selbst (wenn es Entscheidungen des Rats der EU sind) mit beschlossen haben, rechnen sie negativ dem Rat oder der EU pauschal zu“ (Gerhards et al. 2009: 553). Statt notwendige Kompromisse zu erklären, konstruieren politische Sprecher_innen hier ein negatives Bild einer vermeintlich unbeeinflussbaren Brüsseler Bürokratie.

In der Gesamtschau wird deutlich, dass die Verantwortung für den Grundtenor der Europaberichterstattung nicht einseitig bei den Medien zu verorten ist. Die mediale Aufbereitung europäischer Themen ist vielmehr die Folge eines komplexen Zusammenspiels aus dem institutionellen Setup der europäischen Institutionen, den Kommunikationsinteressen der nationalen Politiker_innen und den Produktionsbedingungen.

FEEDBACK-LOOP – EIN TEUFELSKREIS?

Nun sagen diese Forschungsergebnisse zu Medieninhalten und ihren Entstehungsbedingungen im Kontext der EU natürlich noch nichts darüber aus, wie sie bei den Bürger_innen ankommen. Galpin und Trenz haben die Berichterstattung zur Wahl des Europäischen Parlaments 2014 auf den wichtigsten Online-Nachrichtenportalen in Deutschland und Großbritannien untersucht. Zusätzlich zu den Artikeln wurden auch online Lesercommentare analysiert. Die Autorin und der Autor stellen die These auf, dass eine auf Skandale, Konflikte und politische Fehlleistungen fokussierte EU-Berichterstattung zur Delegitimierung des europäischen Integrationsprojektes und der europäischen Institutionen beiträgt. Sie sprechen sogar von einer „Euroskeptizismus Spirale“, „(...) in dem Sinne (...), dass sich im Laufe der medialen Kampagne Nachrichtenangebot und Nachfrage an Negativitätskriterien anpassen und gegenseitig in der Delegitimierung des europäischen Integrationsprojektes verstärken“ (diess.: 147). Die Journalist_innen gehen also auf Publikumserwartungen ein, und verstärken diese so gleichzeitig (vgl. ebd.: 154).

Die Autorin und der Autor beschreiben hier einen Feedback-Loop. Die Berichterstattung verstärkt, was als Grundtendenz

bereits angelegt ist. Entsprechend zeigt der deutsch-britische Vergleich, dass die deutsche EU-Berichterstattung positiver ausfällt. Was darin begründet liegen kann, dass die europäische Integration in Deutschland traditionell von einem breiten Konsens getragen wird und sich Journalist_innen in der Berichterstattung dieser Grundstimmung anpassen.

In Großbritannien, das ohnehin über eine eher konfrontative Kultur der politischen Kommunikation verfügt, sind Bevölkerung und Medien traditionell euroskeptisch (vgl. Grant 2008). Entsprechend hat sich auch die Mehrheit der britischen Zeitungen in der Kampagne zum Referendum für den Austritt Großbritanniens aus der EU, also für den Brexit, positioniert (vgl. Levy et al. 2016: 16 ff.). Es ist zu vermuten, dass sie damit sowie mit dem zuvor über Jahre praktizierten „EU-Bashing“ einen wesentlichen Teil zum Ausgang des Referendums beigetragen haben.

AUSBLICK – WAS IST ZU TUN?

Natürlich können es die Medien allein nicht richten. Es gibt zahlreiche Ansatzpunkte, wie die europäischen Institutionen ihre Kommunikation mit Journalist_innen verbessern könnten. Und auch nationale Politiker_innen stehen in der Verantwortung, EU-Politik klarer zu kommunizieren. Sie müssen zeigen, wo nationale Souveränität inzwischen ihre Grenzen hat und wo die Mitgliedsstaaten nur gemeinsam handlungsfähig sind. Der Schlagabtausch zwischen nationalen Politiker_innen muss weg vom „Blame Game“ hin zu einer sachorientierten Diskussion politischer Fragestellungen mit allem Für und Wider.

Im Zentrum dieses Impulses stehen jedoch die mediale Berichterstattung und die Handlungsroutinen von Journalist_innen. Es sollen deshalb einige Ansatzpunkte für eine adäquate EU-Berichterstattung abgeleitet werden:

1. **Qualitätsvolle Berichterstattung aus Brüssel braucht mehr Ressourcen:** Die Redaktionen in Brüssel sollten aufgestockt werden. Brüssel ist nicht einfach eine Hauptstadt wie Paris, Rom oder London. Von hier aus wird nicht über ein anderes Land, sondern über eine Ebene unseres politischen Systems mit hoher Relevanz für nationale Politik berichtet. Entsprechend sollten auch Ressourcen für umfassende Recherche und die Abdeckung unterschiedlicher Ressorts vorhanden sein. Nur so haben Journalist_innen die Möglichkeit, eigene Akzente zu setzen, kritisch zu berichten und konstruktiv über allgemein relevante Themen zu informieren.
2. **Transnationale Zusammenarbeit zwischen Journalist_innen verbessert die Qualität der Berichterstattung:** Bereits praktizierte transnationale Kooperation zwischen Korrespondent_innen sollte weiter intensiviert werden, nur so kann unter den Bedingungen einer fragmentierten europäischen Öffentlichkeit umfassend berichtet werden, kann die Funktion als „Vierte Gewalt“ auf EU-Ebene erfüllt werden. Die Institutionalisierung solcher Netzwerke ist sehr sinnvoll. Ein positives Beispiel ist hier die Initiative „Investigate Europe“, ein paneuropäischer Rechercheverbund, der von Stiftungen unterstützt wird. Die Journalist_innen aus acht europäischen Ländern arbeiten gemeinsam an Geschichten und veröffentlichen diese dann synchron in ihren Heimatmedien.

3. Es kommt auch auf die Kooperation zwischen Hauptstadtjournalist_innen und EU-Korrespondent_innen an:

Die Brüsseler Korrespondent_innen sollten noch intensiver gemeinsam mit ihren Hauptstadt-Kolleg_innen an Geschichten arbeiten – auch jenseits der Gipfeltreffen. Dabei sollte auch bei Hauptstadtjournalist_innen noch mehr Wert auf Europa-Expertise gelegt werden. Nur so können diese auch ihre Funktion als Gatekeeper für EU-Berichterstattung erfüllen, so dass sich die Expertise ihrer Kolleg_innen aus Brüssel in den Medien niederschlagen kann.

Es lässt sich schlussfolgern: Medien tragen nicht die Verantwortung dafür, Entwicklungen in der EU schön zu schreiben. Sie müssen auch Krisen und negative Entwicklungen abbilden. Aber sie tragen die Verantwortung, qualitativ, das heißt aktuell, relevant, objektiv und über das ganze Bild der

EU-Politik zu berichten, nicht nur über Ausschnitte, die sich gut verkaufen lassen. Sie bestimmen so erheblich über die Qualität demokratischer Debatten mit. In der EU-Politik gilt dies besonders. Sie ist für die meisten Bürger_innen eben nicht direkt erfahrbar und immer medial vermittelt. Gerade weil sie keine Außenpolitik, sondern Teil unseres politischen Systems ist, ist es so wichtig, dass Medien hier Verantwortung übernehmen und die Meinungsbildung der EU-Bürger_innen ermöglichen. Zumindest die Präsenz der EU in den Medien hat stark zugenommen. Selten wurde so viel gestritten und diskutiert über europäische Themen. Es bleibt zu hoffen, dass auch die Qualität der Berichterstattung weiter zunimmt. So mächtig Narrative auch sein mögen – wichtig ist vor allem die ausgewogene tagesaktuelle Berichterstattung, die uns EU-Bürger_innen die alltägliche Auseinandersetzung mit der Frage, in welcher EU wir in Zukunft leben wollen, ermöglicht.

AUTORIN

Dr. Claudia K. Huber ist Programmleiterin Europa der Alfred Herrhausen Gesellschaft und ehemalige Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung.

ANMERKUNGEN

1 Die Studie untersucht nicht nur, ob in der deutschen Wirtschaftsberichterstattung zum genannten Beispiel eine europäisierte Öffentlichkeit hergestellt wurde, sie fragt auch danach, ob dabei journalistische Qualitätskriterien eingehalten wurden. Sie kommt zu dem Schluss, dass in der negativen Berichterstattung über griechische Akteure die Trennung zwischen Nachricht und Meinung in der deutschen Presse nicht immer gegeben war (S. 77).

2 Eine Studie mit dem Titel „I Want a Savior, Not a Victim“ hat gezeigt, dass wenn Medienberichte die EU als verantwortlich für Problemlösungen darstellen, dies auch positive Auswirkungen auf die Einstellungen der Bürger_innen zu einer vertieften europäischen Integration hat (vgl. Koehler et al. 2018: 18).

3 <https://bruessel-eu.diplo.de/blob/1497278/4948a8adbc2fde8f8c037-27b1bab6c7a/downloaddatei-journalisten-data.pdf>, Stand: 25.9.2018.

LITERATUR

Gerhards, Jürgen/Offerhaus, Anke/Roose, Jochen (2009): Wer ist verantwortlich? Die Europäische Union, ihre Nationalstaaten und die massenmediale Attribution von Verantwortung für Erfolge und Misserfolge, in: Pfetsch, Barbara/Marcinkowski, Frank (Hrsg.): Politik in der Mediendemokratie, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 529–558.

Grant, Charles (2008): Why is Britain eurosceptic? Center for European Reform, abrufbar unter: <https://www.cer.eu/publications/archive/essay/2008/why-britain-eurosceptic>, Stand: 18.1.2019.

Huber, Claudia K. (2012): Zwischen Routine, Ratspräsidentschaft und Gipfel: Interaktionen von Medien und Politik in der Europäischen Union, Wiesbaden, Springer VS.

Hillje, Johannes (2019): Plattform Europa: Warum wir schlecht über die EU reden und wie wir den Nationalismus mit einem neuen digitalen Netzwerk überwinden können, Bonn, Dietz.

Otto, Kim/Köhler, Andreas (2016): Die Berichterstattung deutscher Medien in der griechischen Staatsschuldenkrise. Studie im Auftrag

des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, abrufbar unter: https://www.wiwi.uni-wuerzburg.de/fileadmin/12010130/Forschungsprojekte/p_imk_study_45_2016.pdf, Stand: 18.1.2019.

Koehler, Christina/Weber, Mathias/Quiring, Oliver (2018): I want a saviour, not a victim. The impact of media representations of the EU and economic shocks on citizens' supportive attitudes on the European Integration, International Journal of Public Opinion Research.

Levy, David A. L./Aslan, Billur/Bironzo, Diego (2016): UK Press Coverage of the EU Referendum, Oxford, Reuters Institute for the Study of Journalism, abrufbar unter: https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2018-11/UK_Press_Coverage_of_the_%20EU_Referendum.pdf, Stand: 18.1.2019.

Müller, Reinhard (2019): Eingequetscht von Giganten. Der BND-Präsident sieht liberale Demokratien von erfolgreichen autoritären Systemen bedroht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Januar 2019, S. 10.

Offerhaus, Anke (2011): Expertisierung, Inszenierung und Institutionalisierung der europäischen Dimension im deutschen Journalismus, Wiesbaden, Springer VS.

Trenz, Hans-Jörg/Galpin, Charlotte (2018): Die Euroskeptizismus-Spirale: EU-Berichterstattung und Medien-Negativität, Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Vol. 43 (1), S. 147–172, abrufbar unter: https://research.birmingham.ac.uk/portal/files/51707416/Galpin_Trenz_Euroskeptizismus_Spirale_OZS.pdf, Stand: 18.1.2019.

IMPRESSUM

© 2019, Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie, Medienpolitik, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Verantwortlich in der FES für diese Publikation:
Katrin Dapp, Politische Akademie, Medienpolitik

Titelmotiv: © Andrew Testa/Panos Pictures/VISUM

ISBN: 978-3-96250-294-2

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.
Creative-Commons-Lizenz: CC BY-NC-ND 3.0 DE